



Beschlussbuch zur Ordentlichen Juso-Bezirkskonferenz 2012

21. und 22. April 2012

5

Heimvolkshochschule Springe

Jusos 2012: Links und frei.

Änderungsanträge zur Satzung

SatzÄ 1	SatzÄ 1 - Ergänzung zur Satzung I	
	AntragstellerIn: Bezirksbeirat	
	Weiterleitung an:	

Die Satzung des Juso Bezirks wird wie folgt geändert:

5 § 9 [Organe der Unterbezirke]

(1) Organe des Unterbezirks sind die Unterbezirkskonferenz und der Unterbezirks-vorstand. Als weiteres Organ können die Unterbezirkssatzungen einen Unterbezirksausschuss oder Unterbezirksbeirat vorsehen.

10 (2) Die Unterbezirkskonferenzen sind grundsätzlich Vollversammlungen aller Mitglieder des Unterbezirks. Wenn in einem Unterbezirk mehr als 250 Mitglieder gemeldet sind, kann die Satzung des Unterbezirks stattdessen eine Delegiertenkonferenz vorsehen.

15 (3) Der Unterbezirksvorstand besteht aus einer oder einem Vorsitzenden und ihren oder seinen Stellvertretern. Die Satzung des Unterbezirks kann vorsehen, dass stattdessen eine Doppelspitze, weitere Spezialisierungen des Vorstandes oder ein gleichberechtigter SprecherInnenrat gewählt werden. Die Unterbezirksvorstände sind mindestens jährlich zu wählen.

(4) Die Unterbezirksbeirat oder Unterbezirksausschüsse sind die höchsten beschlussfassenden Gremien zwischen den Unterbezirkskonferenzen. Sie können alle organisatorischen und inhaltlichen Beschlüsse fällen, wenn diese nicht ausdrücklich anderen Organen zugeordnet sind. Sie sind Vollversammlungen der Mitglieder des Unterbezirks.

20 § 25 [Übergangsbestimmungen]

(1) Abweichend der Regelung in § 9 III 3 wählen die Unterbezirke Northeim-Einbeck und Holzminden einmalig erst 2014 neue Vorstände.

<h1 style="margin: 0;">SatzÄ</h1> <h2 style="margin: 0;">2</h2>	SatzÄ 2 - Ergänzung zur Satzung II	
	AntragstellerIn: Bezirksbeirat	
	Weiterleitung an:	

Ergänze im neuen § 9 Absatz 3 vor dem letzten Satz:

5 „Bei SprecherInnenräten muss die Satzung festlegen in welcher Form die Unterbezirkskonferenz die VertreterInnen gegenüber dem Juso-Bezirk und der SPD wählt.“

SatzÄ 3	SatzÄ 3 - Ergänzung zur Satzung III	
	AntragstellerIn: Bezirksbeirat	

Ergänze im neuen § 9 einen Absatz:

- 5 (5) Die Wahl von Ehrenvorsitzenden ist auf allen Ebenen untersagt.

§ 25 [Übergangsbestimmungen]

(2) Abweichend der Regelung im § 9 V bleibt der bestehende Ehrenvorsitzende des Juso Stadtverbandes Göttingen unangetastet.

GD**Grundsatzdebatte - Gendern mit Sternchen**

AntragstellerInnen: UB Göttingen

*Weiterleitung: Bundeskongress**Überweisung an Bezirksvorstand*

Anstelle des bisher verwendeten Binnen-I wird in Zukunft in allen Texten der Jusos mit einem Sternchen gendert. Das darauf folgende i wird kleingeschrieben. Statt JungsozialistInnen heißen wir also künftig Jungsozialist*innen.

5

A P	Arbeitsprogramm Jusos 2012: Links und Frei.	
	AntragstellerInnen: Juso Bezirksvorstand	

Arbeitsprogramm 2012-2013

1. Landtagswahl 2013

Die SPD in Niedersachsen steht am Scheideweg. Vor dem Hintergrund des Endes des relativ stabilen Vierparteiensystems in Niedersachsen, der Finanzmarktkrise, der im Grundgesetz verankerten "Schuldenbremse", der älterwerdenden Gesellschaft und der kaum vollzogenen Energiewende stehen grundsätzliche Fragen an. Nicht alle sind in der SPD geklärt.

Die SPD steht heute wieder in der Versuchung, nicht linke Wege in eine gerechtere Gesellschaft zu suchen. Die Fortführung der Schröderischen Reformpolitik, das Weiterdenken der neoliberalen Ideen von "mehr Eigenverantwortung" und mehr Markt ist in der SPD noch nicht ausgeschlossen. Die SPD-Führung auch im Bezirk Hannover ist heute staatstragender als es für die Menschen oder die Partei gut ist. Strategische Überlegungen, die hauptsächlich die Presse beruhigen sollen, sind ebenso alltäglich wie geheim. Die gewählten Strukturen der Partei sind durch und durch kontrolliert und organisiert durch die Abgeordneten, die sie eigentlich kontrollieren sollen.

Bei der KandidatInnenaufstellung zur Landtagswahl ist dieses Phänomen besonders aufgefallen. So sind eine Reihe von "QuereinsteigerInnen" von Partei- und Fraktionsführung mehr oder weniger offen protegiert worden, um in aussichtsreichen Wahlkreisen Fuß zu fassen. Auch wenn diese Strategie nicht aufgegangen ist, ist doch klar, dass die Steuernden in Partei und Fraktion sehr gezielt aussuchen, wer nützlich sein könnte. Politische Kriterien spielten dabei keine Rolle, ebenso wenig eine nachhaltige Entwicklung der Alters- oder Geschlechterstruktur der Fraktion. Dieser Entwicklung werden wir bei Diskussion der Landesliste entgegentreten.

Auf der anderen Seite gibt es heute Bedürfnis und Chancen für linke Politik wie seit langem nicht mehr. Nach dem auch von der SPD verursachten und getragenen Privatisierungs- und Individualisierungsstrategie der letzten Jahrzehnte, gibt es für viele gegenteilige Positionen wieder gesellschaftliche Mehrheiten. Die SPD muss dieses erkennen und für neue solidarische Projekte nutzen. Eben dafür zu streiten ist Aufgabe der Jusos, auch im Bezirk Hannover.

a. Inhalte bestimmen

Der ordentliche Landesparteitag wird von der Parteiführung derzeit als reiner
Wahlparteitag deklassiert. Auf diesem Parteitag wollen wir in Zusammenarbeit mit der
5 Landesebene erste inhaltliche Pflöcke setzen. Dabei werden wir die bestehenden Juso-
Beschlusslagen in Anträge gießen. Zudem muss die Zusammensetzung des Vorstands
verändert werden. Unser Ziel ist, dass die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstand nicht
hauptamtlich ein Mandat innehaben.

10 b. Inhalte vertreten

Auch Wahlkampf wird Teil der Arbeit des Juso-Bezirks bieten. Es bleibt abzuwarten, welche
Maßnahmen der Landesverband anbieten wird. Wir werden entsprechende Lücken füllen,
den Landesvorstand unterstützen und prüfen, wo eigene Angebote Sinn ergeben.

15 c. Juso-Aktivierungscamp

Nach der Bezirkskonferenz werden wir mit dem SPD-Bezirk verhandeln, welche
Möglichkeiten es gibt in den Sommer- oder Herbstferien eine Aktivierungscamp für
(Noch)Nicht-Mitglieder durchzuführen. Das Camp soll mehrere Tage dauern und politische
wie gruppendynamische Angebote machen.

20

2. Allgemeiner Teil

a. Links in der SPD

Wir Jusos im Bezirk Hannover verstehen uns als feministischer, internationalistischer und
sozialistischer Richtungsverband.

25 Wir sind ein Richtungsverband, weil wir nicht Parteienachwuchs, sondern ein eigenständiger
politischer Verband sind. Wir sind Feministinnen und Feministen, weil wir die
Benachteiligung der Frauen bekämpfen und beenden wollen. Wir sind Internationalistinnen
und Internationalisten, weil wir keine Politik für Staat noch Nation, sondern für die
Menschen machen. Wir sind Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir den Kapitalismus und
30 die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beenden wollen.

Im Sinne der Doppelstrategie wollen wir Politik auf der Straße und in der Partei
organisieren. Wir werden weiter auf Demonstrationen für eine solidarische Gesellschaft
streiten und mit Falken, DGB, Antifas und anderen linken Jugendorganisationen
35 zusammenarbeiten.

In der Partei werden wir weiter daran Arbeiten zentrale politische Positionen zu verankern.
Wir wollen als Jusos in der SPD daher zum einen Unterstützung der sozialdemokratischen
Linken organisieren, zum anderen aber auch, politische Debatten mit Beiträgen von links
40 anzustoßen oder im Interesse einer solidarischen Gesellschaftsauffassung zu beeinflussen.
Nur so können linke Mehrheiten und emanzipatorische Perspektiven auch mit der SPD
erreicht werden. Deshalb wollen wir auf verschiedene Art und Weise in die Partei
hineinwirken - mehr Anträge in die Partei werden daher nötig sein.

45 b. Feminismus

Wir Jusos im Bezirk Hannover sind Feministinnen und Feministen. Aus diesem Selbstverständnis leitet sich insbesondere eine Ablehnung von Sexismus ab. Deshalb bekämpfen wir jegliche Form von Sexismus.

5 Wir wollen mit unseren Angeboten alle Geschlechter ansprechen. Uns ist bewusst, dass Gendern allein nicht reicht, um junge Frauen zur politischen Mitarbeit zu motivieren. Deshalb wollen wir bei der Bewerbung von Seminaren insbesondere junge Frauen ansprechen.

Darüber hinaus wollen wir die strukturelle Benachteiligung von Frauen abbauen.

10 Für den Verband bedeutet das wir insbesondere eine höhere Beteiligung von Frauen organisieren wollen. Immer noch erreichen die Vorstände und Delegationen nur mit Mühe die Quote.

15 Wir wollen die Debatte um eine Erhöhung der Beteiligung von Frauen erneut in den Beirat tragen. Wir wollen die Sichtbarkeit von Frauen erhöhen, also mehr Frauen in sichtbaren Positionen wie der Vertretung auf Bundesebene etc. schicken. Wir werden eine Postkartenaktion zur Aktivierung und Bewerbung von Frauen organisieren. Wir werden auf dem Feminismus Seminar (FemSem) weiterhin Grundlagen vermitteln und in verschiedenen Workshops auf zentrale Baustellen im Bereich Gleichstellungen eingehen.

20 Für die Partei bedeutet das, dass wir mehr Frauen in die Vorstände und Fraktionen schicken müssen und Frauen darin unterstützen, Bündnisse zu schließen. Wir werden uns für die vermehrte Anwendung von Quoten, die bei den Jusos schon funktionieren, auch in der Partei einsetzen. Zudem werden wir uns mit der Listenaufstellung zur Landtagswahl beschäftigen und detailliert diskutieren, ob bei Listenplatz 50 wirklich Schluss für Frauen
25 sein muss.

Bei unseren Seminaren werden wir vermehrt auf eine größere Anzahl von Workshop-Leiterinnen setzen und Themen geschlechtsspezifisch beleuchten. Desweiteren wollen wir eine Grundsatzdebatte über Gendergerechtesprache führen, die über das binäre
30 Geschlechtsmodell hinausgeht.

c. Transparent und erreichbar

Die Jusos im Bezirk Hannover wollen auch weiterhin öffentlich und transparent arbeiten. Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen und Entscheidungsfindungsprozessen werden
35 verbandsöffentlich stattfinden. Die gute Zusammenarbeit mit dem Bezirksbeirat wird fortgeführt werden und die Unterbezirke entscheiden dort weiter alle zentralen Fragen. Die Basis in den Unterbezirken, insbesondere aber die Unterbezirksvorstände müssen die Möglichkeit haben, zu erkennen welche Diskussionen im Bezirk aktuell sind und ihre Einflussmöglichkeiten nutzen können. Der enge Kontakt zu den Unterbezirken soll auch
40 weiter ausgebaut werden. Dabei wird der Bezirksvorstand stärker prüfen, welche Unterbezirke bei der Kommunikation mit dem Bezirksvorstand und bei der Arbeit vor Ort Hilfe benötigen.

Bei Personalentscheidungen des Bezirksvorstand wird dieser stets ein Verfahren vorsehen, bei dem im Vorfeld Kriterien für die Auswahl festgelegt und an diesen entscheiden wird.
45

Im Rahmen der Dezentralität der Verbandsarbeit wollen wir auch auf neue Techniken zugreifen. Insbesondere werden wir ausprobieren, wie wir mit neuen Techniken (Etherpads, Videokonferenzen) die bestehenden dezentralen Arbeitsweisen erweitern können.

5

c. Arbeitsweise des Vorstands

Der Vorstand wird als kollegialer Vorstand arbeiten und Aufgaben möglichst zwischen allen Mitgliedern verteilen. Dabei wollen wir eine Kompetenzverteilung erfüllen, die der Arbeitsverteilung entspricht. Die Vertretung in den Gremien des Verbandes und der Partei werden wir möglichst breit streuen. Wir werden bei Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen und offenen Klausurtagung alle Interessierte zulassen. Wir werden eine Geschäftsführung für die Abrechnung der Mittel wählen.

d. Landesebene

Der Bezirksvorstand Hannover wird sich weiterhin für einen Starken Landesverband aussprechen und diesen in seiner Arbeit unterstützen. Vor allem durch das jetzt vorhandene Auftreten der Unterbezirke des Bezirks Hannover im Landesausschuss soll die Stärke des Landesverband weiter vorangetrieben werden. Wir werden die Vernetzung der Unterbezirke weiterhin ausbauen, auch bezirksübergreifend, sodass diese sich auf Landesebene austauschen können. Hierbei werden wir das Bestreben der Unterbezirke eine Strömung zu schaffen unterstützen.

e. Bundesebene

Der Bezirk wird sich weiterhin aktiv auf Bundesebene beteiligen. Dies soll unter anderem durch die Perspektivprojekte als auch durch die Bundeskommission Internationales (BKI) geschehen, sowie auch durch den Bundesausschuss(BA), das Netzwerk Linkes Zentrum (NWLZ) und den Bundeskongress.

Perspektivprojekte und Bundesausschuss

Der Bezirk Hannover entsendet Expertinnen und Experten in die Perspektivprojekte „Neue Wirtschaftsordnungen“, „Mehr Demokratie“ sowie in die Bundeskommission Internationales. Auch werden durch den Beirat Delegierte in alle Perspektivprojekte entsandt. Wir wollen aktiv an den Anträgen für den Bundeskongress mitarbeiten und inhaltliche Fragen auf Bundesebene mitbestimmen. Ebenso wollen wir weiterhin im Bundesausschuss mitarbeiten und die Arbeit des Bundesvorstandes so mitgestalten. Dabei wollen wir stärker als bisher eine Berichtskultur auch außerhalb der Gremien etablieren und so mehr Feedback ermöglichen.

Gemeinsam im NWLZ

Das NWLZ muss in seiner jetzigen Organisation neu strukturiert werden. Als größte Strömung auf Bundesebene muss es gelingen mehr als nur ein bloßer Wahlverein zu sein. Inhalte müssen diskutiert und auf Bundesebene durchgesetzt werden. Kandidaturen müssen besser abgestimmt und im Vorfeld besprochen werden. Auch muss sich die Zusammenarbeit mit den Tradis verbessern und ausgebaut werden. Als Bezirksvorstand werden wir uns an dieser Umstrukturierung aktiv beteiligen und darauf hinwirken, dass das NWLZ zu neuer Geschlossenheit und Stärke auf Bundesebene findet. Dabei muss Niedersachsen entsprechend seiner Bedeutung mitwirken können. Uns ist aber auch klar,

dass das NWLZ solange einen Sinn ergibt, wie es keine Gesamtlinke gibt. Wir wollen beide linke Strömungen zusammenführen und die bestehende Trennung an wenigen Einzelpositionen festgemacht überwinden.

5 Bundeskongress

Der Bezirk will weiterhin seine erfolgreiche Arbeit bezüglich des Bundeskongresses fortsetzen. Es wird wieder ein verpflichtendes Vorbereitungsseminar für die Delegierten des Bezirks geben. Personaldebatten und Anträge sollen hier beraten werden. Auch die Zusammenarbeit im NWLZ soll fortgeführt werden. Zudem soll es wieder eine gemeinsame Delegation mit den anderen niedersächsischen Bezirken geben, um auf dem BuKo geschlossen als Niedersachsen aufzutreten.

3. Inhaltliche Projekte

15 Zum Herbstplenium wird der Bezirksvorstand eine Reihe von Anträgen vorlegen die in Workshops diskutiert werden sollen - Ziel ist der Beschluss dieser Anträge auf der ordentlichen Bezirkskonferenz 2013.

Ein Punkt unserer politischen Arbeit soll in diesem Jahr das Thema Kapitalismus und Krise sein. Dazu wird es das Seminar "Finanzmarktkapitalismus? Wie die Krise verstehen?" geben. Wir wollen in diesem Seminar Thesen und Ansätze politischer Praxis entwickeln und diese mit euch auch auf dem Herbstplenium diskutieren.

Im Rahmen des Arbeitsseminares wollen wir zentrale Thesen zur Zukunft der Arbeit erstellen.

25 Ein weiteres Papier werden wir zu den Fragen erarbeiten: „Ist das Steuergesetz fair? Brauchen wir ein neues Steuerkonzept? Wie die Einnahmen des Staates gerechter für Bürger gestalten?“

Ein anderes Thema wird sein, wie man Internationalen Terrorismus bekämpfen kann. Hierzu soll ein Papier entwickelt werden, das sowohl politische als auch rechtliche Aspekte der Terrorismusbekämpfung beinhaltet.

Im Rahmen der Delegationsreise nach Kenia werden wir die Probleme und Chancen der Länder der Subsaharazone diskutieren und dieses in einem Antrag festhalten.

4. Mitgliederkampagne

35 Der Bezirk Hannover besteht zum größten Teil aus Flächenunterbezirken. Die kleinen Unterbezirke haben fast alle Mitgliederschwund und Nachwuchsprobleme. Oft fehlt es an Aktiven und Erfahrung, um neue Mitglieder zu werben. Der Bezirksvorstand möchte sich deshalb mit einer Mitgliederkampagne für Unterbezirke beschäftigen. Dies soll in Form verschiedener Maßnahmen geschehen.

Aktive in den UB unterstützen

In vielen UB gibt es zwar Aktive, allerdings sind diese zu wenig, um Aktionen oder Werbung zu betreiben. Der Bezirksvorstand möchte deshalb verstärkt die UB dazu aufzurufen Aktionen zu entwickeln. Wir möchten vor Ort helfen und z.B. Infostände unterstützen. Auch zu Vorstandssitzungen oder anderen Veranstaltungen wollen wir gerne in die Unterbezirke fahren.

Ideen und - Aktiventraining

Es soll zudem ein Seminar stattfinden, auf dem kleinere Unterbezirke geschult werden sollen, wie und wo man Interessierte ansprechen kann z.B. an Hochschulen, Berufsschule.

5 Hier sollen Erfahrene anderen von eigenen Erfahrungen berichten und Tipps austauschen. Zudem sollen Aktive aus den Unterbezirken trainiert werden wie Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden kann. Dazu wollen wir einen Schwerpunkt darauf legen, wie man rechtliche und tatsächliche Hürden "vor Schulen" beseitigt. Außerdem wollen wir eine Ideensammlung für Unterbezirke erstellen.

10

Neumitgliederabende

Mitgliederabende sind ein guter Weg sowohl inaktive Mitglieder als auch Neumitglieder zu erreichen. Der Bevo möchte Unterbezirke dabei unterstützen Einladungen zu entwerfen und solche Treffen mitzuorganisieren. Welches Programm bietet sich an? Wie erreiche ich diese Mitglieder? Dazu werden wir Konzepte und Vorlagen entwickeln und den Unterbezirken zur Verfügung stellen.

15

4. Internationale Projekte: Kenia 2012

Der Juso Bezirk wird im Sommer 2012 eine Delegationsreise nach Kenia zu den Genossinnen und Genossen der Labour Party of Kenya durchführen. Inhaltlich soll es dabei insbesondere um den Austausch mit den Genossinnen und Genossen vor Ort, aber auch um die Themen Gleichstellung, Internationaler Handel und die Entwicklungspotentiale in Kenia gehen. Da die Auswahl durch die öffentliche Förderung auf 11 Personen begrenzt ist, wird der Bezirksvorstand anhand strenger Kriterien die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

25

aussuchen. Der Beirat wird über den Ablauf und die Ergebnisse informiert. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird insbesondere ein hohes Maß an Engagement und eine maßgebliche Beteiligung an der Vorbereitung erwartet. Die Vor- und Nachbereitung der Delegationsreise sind verbandsöffentlich.

30

5. Seminare

a. Herbstplenum

Das bisherige Konzept des Herbstplenums wollen wir auch in diesem Jahr fortführen. Im Oktober werden wir im Plenum und in Workshopphasen wieder aktuelle und grundsätzliche politische Themen bearbeiten. Wir werden dabei eine ganze Reihe interessanter Referentinnen und Referenten aus Verband, Partei und anderen Gruppierungen einladen. Themen werden u.a. das diesjährige Hauptthema "Weltwirtschaftskrise" und ein interessantes regionales Thema sein. Neben den inhaltlichen Themen werden wir Methodenworkshops, zum Beispiel zur Mitgliederaktivierung, organisieren. Wir wollen den Genossinnen und Genossen für ihre Arbeit vor Ort nützliche Tipps geben. Wir wollen darauf achten, dass es sowohl für junge Menschen, die neu bei den Jusos sind als auch für langjährige Mitglieder geeignete Angebote gibt.

35

40

b. Feminismusseminar (FemSem)

Das FemSem hat sich in den vergangenen Jahren zu einem festen Bestandteil unseres Bildungskonzepts entwickelt. Daran wollen wir anknüpfen. Die Entscheidung das Seminar auch für Männer zu öffnen hatte einen positiven Einfluss auf die Arbeitsatmosphäre. Im

45

Rahmen dessen werden wir weiterhin eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, da insbesondere auf dem Arbeitsmarkt noch nicht alle Ziele für die Gleichberechtigung erreicht sind.

5 Das FemSem soll über die Grundlagenvermittlung hinaus auch eine Plattform für den Austausch von Feministinnen und Feministen sein.

c. Finanzmarktkapitalismus - Wie die Krise verstehen, wie die Krise überwinden?

Der Kapitalismus erlebt derzeit die größte Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929. Doch was hat es genau mit der aktuellen Krise auf sich? Ist sie eine Schuldenkrise? Ist sie
10 eine Krise des Euro? Oder doch eine Krise des Finanzmarktkapitalismus? Wir sind der Meinung, dass die aktuelle Krise ihre Ursachen ursächlich in der sog. Realwirtschaft hat, die die Entwicklung und die Exzesse der Finanzmärkte überhaupt erst möglich gemacht hat. Deshalb wollen wir uns genauer mit der Krise der Kapitalismus und dem umstrittenen Begriff "Finanzmarktkapitalismus" auseinandersetzen, um darauf aufbauend
15 Schlussfolgerungen für unsere jungsozialistische Praxis zu ziehen.

d. Jungsozialistische Politik – gestern, heute, morgen.

In dem Seminar werden wir uns mit der Geschichte des Bundeskongresses/Juso-Verbands befassen. Organisation und Abläufe vergangener und kommender Kongresse soll
20 beobachtet und verglichen werden. Dabei soll es um die Höhen und Tiefen des jungsozialistischen Verbandes gehen. Ob Linkswende 1969, Parteiausschluss von Benneter oder Flügelkämpfe in den 1990ern - all diese Themen, die auch immer wieder die Juso-Bundeskongresse bestimmten, wollen wir zusammen mit euch ergründen.

25 g. Partei der Arbeit - Politik für die Arbeit.

Im Rahmen dieses Seminares wollen wir uns über der Arbeit befassen. Dabei werden wir die Funktion der Arbeit im Kapitalismus und die Bedeutung der Arbeit als Aufgabe im Leben von Menschen herausarbeiten und beleuchten. Zudem wollen wir grundsätzliche Reformgedanken der Arbeit diskutieren und gemeinsam überlegen, welche Forderungen
30 für die Jusos daraus Bestand haben oder aufgenommen werden müssen. Zudem wollen wir uns auf diesem Seminar über die Zukunft der Industriepolitik machen und über die Absicherung von Arbeit und ihrer Risiken in der Sozialversicherung Gedanken machen.

35 h. Rhetorik für die politische Arbeit

Im Rahmen des Seminars werden aktive Genossinnen und Genossen aus dem Landes-, Bezirks- und Unterbezirksvorständen die Möglichkeit erhalten über drei Tage ihre rhetorischen Fähigkeiten auszubauen. Dabei ist eine Top-Down-Strategie unumgänglich. Die Umsetzung erfolgt mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen.

40 i. Tagesveranstaltungen

Linke Mehrheiten in der sich verändernden Parteienlandschaft

Die grundsätzlichen Inhalte und Grundwerte in den Parteien verändern sich und alte
45 Konstellationen und Bündnisse (rot/grün und schwarz/gelb) haben keine absoluten Mehrheiten mehr. Neue Bewegungen wie die Piratenpartei gehen grundsätzlich neue Wege bei der Parteiarbeit. Für uns Jusos stellt sich die Frage, wie wir in dieser Landschaft

Mehrheiten für linke Politik organisieren können und wie die SPD ihre (alte) Stellung gegenüber Linkspartei, CDU und Grünen verteidigen kann.

Marx-Seminar

- 5 In diesem Seminar wollen wir uns mit der grundlegenden Kritik von Karl Marx am Kapitalismus auseinandersetzen. Dabei soll es unter anderem darum gehen, Marxsche Grundbegriffe wie Ware, Ausbeutung oder Krise aufzuschlüsseln und wie mit Marx der Kapitalismus zu erklären ist.
- 10 **Menschenrechte und "Krieg gegen den Terror"**
Wir wollen in diesem Seminar über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus gucken und uns mit dem internationalen Problem des Terrorismus auseinandersetzen. Hierbei geht es insbesondere um die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber terroristischen Organisationen und um die Staatenpraxis im Umgang mit dem Terrorismus.
- 15 **Neues Steuerkonzept**
Die französischen Sozialisten präsentieren momentan interessante und progressive Vorschläge in der Steuerpolitik. Dies widerspricht der jahrelangen Praxis neoliberaler sozialdemokratischer Steuerpolitik. Wie aber sieht eine sozialistische Steuerpolitik genau aus und wie kann eine solche durchgesetzt werden. Dies und anderes Interessantes zum Themenkomplex Steuern wollen wir mit euch diskutieren.
- 20

Antragsbereich: Arbeit

A1	A1 - Gleiche ArbeitnehmerInnenrechte für alle: Für ein Ende des „Dritten Weges“!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD Landtags-, Bundes und Europafraktion auf, sich für die europaweite Abschaffung des „Dritten Weges“ in der ArbeitnehmerInnenmitbestimmung in kirchlichen Einrichtungen einzusetzen.

A2

A2 - Mehr für alle – Qualität in der Berufsausbildung verbessern

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover setzen sich für eine qualitative Verbesserung der Berufsausbildung an Berufsschulen und anderen öffentlich getragenen Berufsausbildungseinrichtungen und Studieninstituten ein und fordern konkret:

- 5 1. Auszubildende haben Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel, insbesondere Werkzeuge und Werkstoffe sowie Bücher zur Verfügung zu stellen, die zur Berufsausbildung und in der Berufsschule erforderlich sind.
2. An den Berufsschulen soll mehr und besser qualifiziertes Lehrpersonal eingestellt werden. Bei der Qualifikation ist insbesondere auch eine vorherige berufliche Erfahrung in dem Ausbildungsberuf zu berücksichtigen. Dies darf aber nicht in einem Konflikt zu einer pädagogischen Ausbildung stehen.
10 Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Lehrpläne bekannt sind und auch eingehalten werden.
3. Unterrichtsmaterialien in den Berufsschulen müssen aktuell sein und die Gerätschaften auf dem Stand, der in der Berufswelt üblichen technischen Gegebenheiten, sein.
4. Um den Auszubildenden ein angenehmeres Lernen und den Lehrkörpern eine spezifische
15 Betreuung zu erlauben, müssen die Klassen kleiner gestaltet werden, das muss bedeuten, dass es in jeder Klasse weniger SchülerInnen geben muss. Hier ist auch bei der Bemessung der Höchstzahl der SchülerInnen pro Klasse auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Ausbildungsgänge einzugehen.
5. Eine Ergänzung des § 15 BBiG (Berufsbildungsgesetz), sodass dass Auszubildenden vor ihrer
20 Abschlussprüfung insgesamt fünf Tage Sonderurlaub gewährt wird. Den Auszubildenden soll auch vor dem Tag der schriftlichen Prüfung freigestellt werden (analog der Regelung des § 10 Jugendarbeitsschutzgesetz).
6. Eine Arbeitsbefreiung nach Berufsschulbesuch für alle Auszubildenden. Es soll für alle
25 Auszubildenden an jedem Berufsschultag mit mindestens fünf Berufsschulstunden keine Rückkehrpflicht in den Ausbildungsbetrieb besteht. Entsprechende Regelungen für Blockunterricht sind zu finden.
7. Eine Vereinheitlichung der Regelungen der Aufwandsentschädigungen, die durch die ArbeitgeberInnen erfolgen.
8. Ferner soll der Ausbildungsbeginn mit dem Berufsschulbeginn übereinstimmen. Die Zeit des
30 Berufsschulbesuches ist außerdem auf die Probezeit und Ausbildungszeit anzurechnen.

A3

A3 - Schwarze Liste über Unternehmen – gegen Sozial- und Lohndumping

AntragstellerInnen: UB Northeim / Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

Überwiesen an Bezirksvorstand

Gemäß dem schwarzen Buch des Steuerzahlerbundes gilt es einzuführen, dass öffentlich eine „schwarze Liste“ über Unternehmen und Verbände geführt wird, die Sozial- und Lohndumping in Deutschland betreiben, um Arbeitnehmer zu warnen und zu schützen.

A4+	A4 - Für eine Novellierung des § 45 SGB III	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Für eine Novellierung des § 45 SGB III

- Wir fordern die Novellierung des § 45 SGB III, sodass Ausbildungssuchende und Arbeitslose nicht nur bei der Anbahnung oder Aufnahme in ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis
- 5 sondern auch bei der Anbahnung oder Aufnahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnisses finanziell durch die Agentur für Arbeit unterstützt werden.

Antragsbereich: Bildung und Forschung

B1	B1 - Zivilklauseln weiterdenken – Landesgesetze etablieren	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD Landesebene in Niedersachsen dazu auf die universitären Zivilklauseln weiterzudenken und nach ihrem Vorbild eine Landesgesetzgebung zu schaffen, die die Waffenforschung an Universitäten generell verbietet.

B2

B2 - Interessante Bildung: Vorgaben und Lehrpläne überprüfen

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Juso-Bundeskongress

Die Jusos Bezirk Hannover fordern Schulpolitik ganzheitlich zu betrachten und eine Reihe an Maßnahmen durchzuführen um die Schulbildung zu verbessern und eine Lehre zu schaffen die niemanden auf der Strecke lässt.

Dafür wollen wir, dass

- a) Die Landesregierung aufgefordert wird, dass Abitur nach 12 Jahren wieder abzuschaffen.
 - a. Hierbei soll insbesondere ein Augenmerk auf die Wochenstunden gelegt werden um einen einfacheren Übergang von der Realschule oder Hauptschule in den Oberstufenbereich zu realisieren.
- b) Die Landesregierung aufgefordert wird, die bestehenden Hemmschwellen für die Gründung von Integrierten Gesamtschulen zurückzunehmen. Insbesondere sind die vorgeschriebene Fünzfügigkeit und Mindestklassengröße. Auch soll der Fehlversuch Oberschule wieder abgeschafft werden und bereits bestehende Oberschulen zu IGSen umgewandelt werden.
- c) Bei dieser weitreichenden Strukturdebatte ist zudem erforderlich die Curricula anzupassen und einen interessanten Unterricht zu ermöglichen, der dem 21. Jahrhundert gerecht wird. Insbesondere zielt das auf die Fächerkombination ab. Das Fächerspektrum ist derart zu überarbeiten, dass folgende Inhalte den bisherigen Lehrplan ergänzen
 - b. Ökonomie (wo noch nicht vorhanden) und alternative Systeme zum Kapitalismus
 - c. ArbeitnehmerInnenrecht
 - d. VerbraucherInnenschutz
- d) In den Curriculae (bundesweit) die Aufklärung über heterosexuelle, homosexuelle, bisexuelle, transsexuelle, intersexuelle und weitere Partnerschaften verpflichtend aufgenommen wird. Jeder Lebensentwurf muss als gleichwertig behandelt werden. Ziel ist es den Kindern altersgerecht zu vermitteln, dass jeder Lebensentwurf etwas Normales ist. Insgesamt soll hierdurch die vorherrschende Heteronormativität durchbrochen werden.

Zudem setzen wir Jusos uns dafür ein diese Forderungen im Wahlprogramm der SPD zu verankern.

B3	B3- Schluss mit in Studiengänge hineinklagen!	
	AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck	

5 Die Jusos Bezirk Hannover beschließen, dass Numerus-Clausus-Zugangsbeschränkungen für Studiengänge abgeschafft werden sollen und Studienplätze Nachfrageorientiert geschaffen werden müssen.

B4

B4- Kostenloser Zugang zu Publikationen aus öffentlich geförderter Forschung

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

- 5 Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich für einen kostenfreien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen aus öffentlich geförderter Forschung einzusetzen und damit dem Beispiel anderer Länder, zum Beispiel der USA, zu folgen.

Antragsbereich: Europa und Frieden

E1	E1 - Änderung Art. 12 a GG – Für eine sozialdemokratische und moderne Regelung	
	AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Der Artikel 12 a GG soll aus dem Grundgesetzbuch gestrichen werden.

E2

E2 - Die Bundeswehr ist kein Spielplatz. - Keine Verpflichtung von Minderjährigen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

Die Bundeswehr darf keine Minderjährigen mehr als Dienstleistende akzeptieren.

Darüber hinaus ist jegliches Werben der Bundeswehr bei Veranstaltungen, bei den ein deutlicher Anteil von Minderjährigen teilnimmt. Dies gilt insbesondere so lange bis ein Werben der Bundeswehr generell unterlassen wird.

5

Weiterhin soll es der Bundeswehr nicht länger gestattet sein an Schulen zu werben.

E3

E3 - Sofortiges Verbot von deutschen Waffenexporten

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

5 Die Jusos Bezirk Hannover fordern einen sofortigen Stopp aller Rüstungslieferungen. Darunter verstehen wir, dass keine deutschen Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgüter die Bundesrepublik Deutschland verlassen dürfen. Deshalb soll sich die SPD Bundesebene für ein Gesetz einsetzen, welches ein Verbot von Waffenexporten vorsieht. Gleichsam wird die PSE dazu aufgefordert, auf europäischer Ebene für ein Verbot von Waffenexporten zu kämpfen.

E4

E4 - Europa muss demokratisch sein!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Überwiesen an den Bezirksvorstand

Demokratie

Auf dem Weg zur europäischen Demokratie sind folgende Punkte unausweichlich:

1. Das Europäische Parlament muss die oder den KommissionspräsidentIn wählen. Den Fraktionen obliegt dabei das Vorschlagsrecht.
2. Die oder der KommissionspräsidentIn schlägt dem Parlament einen Geschäftsplan (Ressortplan) der Kommission und deren Besetzung vor. Das Parlament stimmt sodann über den Geschäftsplan ab und wählt anschließend in Einzelwahl die Kommissarinnen und Kommissare.
3. Die Kommission soll quotiert besetzt werden.
4. Das Europäische Parlament muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.
5. Das Europäische Parlament soll die Möglichkeit bekommen einzelne KommissarInnen aus ihren Ämtern zu entlassen. Dies ist nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum möglich.
6. Die Amtszeit von KommissarInnen soll auf von zwei Legislaturperioden begrenzt werden.
7. Jeder Mitgliedstaat darf nur eineN KommissarIn stellen.
8. Die europäische Ebene ist kontinuierlich zu stärken. Die europäischen Entscheidungskompetenzen sind mit fortschreitender Demokratisierung auszuweiten.
9. Die Besetzung der hohen Vertretung der EU für Außen- und Sicherheitspolitik soll durch das Europäische Parlament erfolgen.

Finanzpolitik

Wir fordern für eine europäische Fiskalpolitik:

1. EinE Finanz-KommissarIn soll als weitereR KommissarIn in der Europäischen Kommission zu etabliert werden. DieseR KommissarIn soll durch ein transparentes Wahlverfahren im Europäischen Parlament gewählt werden. Ein transparentes Wahlverfahren bedeutet, dass dieseR KommissarIn namentlich gewählt wird. Das Europäische Parlament soll die Möglichkeit bekommen, dieseN KommissarIn abzuwählen. Die Amtszeit dieser bzw. dieses KommissarIn soll umgehend mit der Installierung der Generaldirektion des Ressorts Finanzpolitik beginnen und an die Amtszeiten der aktuellen Kommission angepasst werden.

2. Parallel zur Generaldirektion soll ein Institut zur Forschung etabliert werden. Das Forschungsinstitut soll sicher stellen das kontinuierlich an der Verbesserung der Europäischen Fiskalpolitik geforscht wird.

3. DieseR KommissarIn muss alle sechs Monate Bericht beim Europäischen Parlament über ihre bzw. seine Arbeitsweise halten.

5

E5

E5 - Stärkung vorhandener Ratingagenturen, ggf. Einrichtung einer europäischen Ratingagentur

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

Die bereits existierenden deutschen bzw. europäischen Ratingagenturen müssen gestärkt, und im besonderen Falle muss eine gemeinsame europäische Ratingagentur – politisch und wirtschaftlich unabhängig – eingerichtet werden. Das Rating von Staatsanleihen wird entschieden abgelehnt.

5

Antragsbereich: Familie und Gesundheit

F1	F1 - Ambulante psychotherapeutische Versorgung verbessern	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

- 5 Die Jusos Bezirk Hannover fordern die niedersächsischen SPD-Landtags- und Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich für eine Neuberechnung des PsychotherapeutInnen-EinwohnerInnen-Verhältnisses in der psychotherapeutischen Versorgungsplanung einzusetzen, um die ambulante psychotherapeutische Versorgung endlich nachhaltig zu verbessern und Wartezeiten wirkungsvoll abzubauen.

F2	F2 - Flächendeckende Beratungsstellen für Eltern von Neugeborenen	
	AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

In Deutschland sollen flächendeckend Beratungsstellen nach finnischem Vorbild für Eltern eingerichtet werden.

F3

F3 - Rechtssicherheit schaffen – Heterologe Insemination bei Lebenspartnerinnen möglich machen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die Gleichstellung, Gleichbehandlung von heterosexuellen Ehen und lesbischen Lebenspartnerschaften und Menschen ohne Beziehungen hinsichtlich der Praxis assistierter Reproduktion.

- 5 Zu diesem Zweck fordern wir eine Änderung der Berufsordnung und Richtlinien der Landesärztekammer Niedersachsen nach dem Vorbild der Landesärztekammern Berlin und Hamburg, die die assistierte Reproduktion bei Lebenspartnerinnen explizit erlaubt.

- 10 Nicht zuletzt fordern die Jusos des Bezirkes Hannover eine generelle rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehen auf Bundesebene, um weitere etwaige juristische Unwägbarkeiten auszuräumen.

Antragsbereich: Finanzen und Märkte

Fi1	Fi1 - Nein zum Fiskalpakt – Europa solidarisch gestalten!	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	<i>Zur Weiterleitung an alle niedersächsischen Bundestagsabgeordneten, den SPD-Bezirksparteitag und den SPD-Landesparteitag.</i>	

Der sog. „Europäische Fiskalpakt“ ist am 2. März 2012 als bilaterales Abkommen zwischen 25 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterzeichnet worden und muss nun noch in nationales Recht umgesetzt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies, dass dem Fiskalpakt erst durch eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zugestimmt werden muss, damit selbiger als ratifiziert zählt. Für uns ist der Fiskalpakt Ausdruck neoliberaler Austeritätspolitik, die demokratietheoretisch fragwürdig ist und ein unsolidarisches Kaputtsparen der Europäischen Union bedeutet. Daher fordern wir alle niedersächsischen Bundestagsabgeordneten der SPD dazu auf, den Fiskalpakt abzulehnen.

10 Dies möchten wir wie folgt begründen:

Eine Krise der zockenden Banker und der faulen Griechen?

Die aktuelle Krise ist wesentlich komplexer, als dass man sie ursächlich als Finanzmarkt- oder gar Staatsschuldenkrise analysieren könnte. Ende der 1960er Jahre gab es eine Profitabilitätskrise, zu deren Überwindung verschiedene Strategien angewendet wurden: räumliche Verlagerung der Produktion, direkter Angriff auf die Arbeitnehmer*innen in Form von Massenentlassungen, Lohnzurückhaltungen, Abbau der Sozialleistungen und vielen anderen neoliberalen Reformen sowie die Generierung neuer Anlageräume für Kapital durch Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen. Dies erklärt unter anderem die relative Verselbstständigung der Finanzmärkte. Der Kern der Krise ist also, dass ein großer Teil des Geldkapitals in der sog. „Realökonomie“ nicht mehr profitabel angelegt werden konnte, und daher u.a. in Kreisläufe der Finanzmärkte wanderte. Die Entwertung des Kapitals, die sich in der aktuellen Krise ausdrückt, ist unvermeidlich. Mit spekulationswütigen Bankern hat diese Krise nur sehr wenig, mit faulen Griechen rein gar nichts zu tun.

Sündenfall Staatsverschuldung?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass die Haushaltsdefizite und Staatsschulden keine Produkte eines „Lebens über die Verhältnisse“ sind, wie Angela Merkel uns weis machen möchte. In Folge der neoliberalen Umverteilungs- und Steuerpolitik der vergangenen Jahrzehnte ist es zu strukturellen Haushaltsdefiziten in den meisten

entwickelten Staaten gekommen, welche auch durch massiven Sozialabbau nicht geschlossen werden konnten.

Aber die Problematik der Staatsschulden hat noch einen anderen Hintergrund: Der globale Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte braucht geradezu die Voraussetzung der Verschuldung. Ohne die private Verschuldung in den sogenannten Leistungsbilanzdefizitstaaten – die zur Subprime-Krise in den USA und dem Immobilien-Crash in Spanien führte – hätte das derzeitige Wachstumsmodell nicht aufrecht erhalten werden können. Ab 2007 sind diese auf privater Verschuldung basierenden Defizitkonjunkturen in die Krise geraten, es kam zur Verschiebung hin zur staatlichen Verschuldung. Nun sind aber auch die Staaten als „letzte Löschfahrzeuge“ durch Spekulationsattacken in Brand geraten.

Die EU in der Krise – Mit dem Fiskalpakt in ein unsoziales Europa

Wie gesehen, sorgt die Überakkumulation dafür, dass die Krise von einem Flächenbrand zum nächsten verschoben wird – mit immer verheerenderen Folgen. So ist die aktuelle Krise eine Vielfachkrise: Krise der Finanzmärkte, Staatsschuldenkrise, Euro-Krise, Krise der EU und last but not least Demokratiekrise.

Die europäische Schuldenbekämpfung ist gekennzeichnet durch eine rigide Austeritätspolitik. Dies ist eigentlich ein Paradox, war es doch gerade die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte, die stark krisenverstärkend wirkt. Auch der sog. „europäische Fiskalpakt“ ist, soviel man an ihm auch aushandeln möge, ein Beispiel für die Fortführung neoliberaler Krisenpolitik. Er steht in einer Reihe mit den anderen Lösungswegen, der vor allem von Deutschland vorangetriebenen undemokratischen Krisenbewältigung. Merkels „6-Punkte-Plan“ – zynisch auch „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ genannt – ist der Versuch, Europa einem Spardiktat mit Lohnzurückhaltung, Renteneintrittsaltererhöhungen und Privatisierungen zu unterwerfen. Der „europäische Fiskalpakt“ ergänzt diesen noch um die europäische Schuldenbremse.

Diese Formen der Krisenbekämpfung werden die Krise nicht lösen können, sie wirken vielmehr krisenverstärkend. Durch ein derartiges Kaputtsparen wird der Lebensstandard der vermeintlichen Krisen-Länder wie Griechenland und Spanien massiv heruntergefahren. Dies hat Folgen für die ganze EU, und auch für den angeblichen Krisengewinner Deutschland. Die Krise wird – wenn überhaupt – nur in die nahe Zukunft verschoben. Zur Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative.

Eine wahrhaft sozialdemokratische Antwort auf die Krise kann daher nicht die Zustimmung zum „Fiskalpakt“ bedeuten. Dieser wird Europa nur in eine noch unsozialere Zukunft stürzen. Eine sozialdemokratische Antwort muss vielmehr in einem demokratisch organisierten Prozess liegen, der die Lasten der Krise gerecht verteilt und in ein solidarischeres Europa weisen kann. Eine sozialdemokratische Antwort muss heißen:

Arbeitszeitverkürzung, Rücknahme der Rente mit 67, existenzsichernde Mindestlöhne, Erhöhung der Spitzensteuersätze, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Demokratisierung der Betriebe und der Zivilgesellschaft und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Es braucht eine Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik auf europäischer Ebene, eine europäische Steuerpolitik, soziale Mindeststandards in der EU und vieles mehr. All dies ist möglich, der europäische Fiskalpakt steht einer solch solidarischen Krisenbewältigung aber in krassestem Widerspruch gegenüber!

Fi2

Fiz - Zurück an den Absender - Schuldenbremse nach Hause schicken!

AntragstellerInnen: Bezirksvorstand

Zur Weiterleitung an alle niedersächsischen Bundestagsabgeordneten, den SPD-Bezirksparteitag und den SPD-Landesparteitag.

Kein SPD-Bundesparteitag hat jemals beschlossen, dass die SPD-Bundestagsfraktion das Grundgesetz ändern sollte um das Verbot zur Nettokreditaufnahme (Schuldenbremse) zu etablieren. Trotzdem ist diese Änderung heute Realität.

- 5 Öffentliche Verschuldung kann negative wie positive Effekte haben. Sie ist immer dann negativ, wenn sich Zustimmung und Popularität gesichert werden sollen, indem Steuern gesenkt werden und gleichzeitig die Aufgaben nicht gleichermaßen zurückgefahren werden. Zuletzt hat das die Rot-Grüne Koalition und die scheidende und ehemalige SPD-Spitze so gemacht. Anschließend haben die Selben FunktionsträgerInnen die Schuldenbremse etabliert. Es gibt PolitikerInnen, die ihr Leben
- 10 lang jede neue Maßnahme – auch die Wiedervereinigung und andere Großprojekte - durch Schulden finanziert haben, den Vermögenden in Deutschland ungeahnte Spielräume geschaffen und am Ende nicht nur viele Milliarden Staatschulden, sondern auch die das Verbot neue Schulden zu machen, hinterlassen haben. In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es keine andere PolitikerInnen-Generation, die so desaströs und unsolidarisch war.
- 15 Wir wollen keine Schulden, wir wollen die Vermögenden zur Finanzierung der Allgemeinheit heranziehen. Zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Antrags gab es 5 Billionen Euro Privatvermögen in Deutschland, jede Sekunde wächst es um fast 6500Euro. Dem stehen 1,8 Billionen Euro Verschuldung aller öffentlichen Ebenen gegenüber, die um 2200 Euro pro Sekunde wächst.¹ Es ist genug Geld da, wir müssen es nur nehmen. Das fordern wir Jusos seit Jahrzehnten. Wir wollen keine
- 20 Schuldenbremse, wir wollen eine ordentliche Vermögenssteuer!

Trotzdem wird es auch in Zukunft Momente geben, in denen es sinnvoller ist Kredite aufzunehmen statt Steuern zu erhöhen. Eine antizyklische Politik muss genauso möglich sein, wie Investitionen oder Prävention, die später mehr Einnahmen oder weniger Ausgaben bringen. Das wird nicht mehr möglich sein und schlimmer: Im Abschwung und Krisen wird zukünftig der Staat weniger ausgeben

25 müssen, gerade wo er eine dämpfende Rolle haben müsste. Konjunkturpakete wird es zukünftig nicht mehr geben können.

Die Schuldenbremse ist auch undemokratisch. Sie schränkt das älteste aller Rechte von Parlamenten – das Haushaltsrecht - ein.

Die Schuldenbremse bremst nicht Schulden, sie bremst die Politik.

¹ Alle Zahlen: <http://www.reichtumsuhr.de/>

Kein SPD-Landesparteitag hat je beschlossen, dass die SPD-Landtagsfraktion die Niedersächsische Verfassung ändern solle um das Verbot zur Nettokreditaufnahme (Schuldenbremse) zu etablieren. Der Vorschlag der Landtagsfraktion ist unzureichend. Der Versuch mit der CDU und FDP sinnvolle Ausnahmen in die Niedersächsische-Schuldenbremse zu verhandeln, kann nur Taktik aber nicht
5 Inhalt einer Partei sein.

Ohne Debatte und Beschluss eines SPD-Landesparteitags ist auch die Einführung der Schuldenbremse-Umsetzung in der Niedersächsischen Verfassung Undemokratisch. Wenn sie die SPD die Chance nehmen will, die Umsetzung einfachgesetzlich zu regeln, muss das der Landesparteitag entscheiden.

Antragsbereich: Kampf gegen Rechts

K1	K1 - Den Nazi-Aufmarsch in Bad Nenndorf verhindern!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

5 Bad Nenndorf wird einmal im Jahr zu einer Nazihochburg in der Bundesrepublik. Jedes Jahr veranstalten hier Nazis einen "Trauermarsch", an dem mittlerweile jährlich fast 1000 Nazis teilnehmen.

10 In Bad Nenndorfs steht das Wincklerbad. Zahlreiche Nazis sind der Auffassung, dass es dort zu sogenannten "alliierten Gewaltverbrechen" in Form von Folter gekommen sei. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde dieses Gebäude als Verhörzentrum für Kriegsgefangene genutzt, in ihm wurden unter anderem Nazigrößen, wie SS-General Oswald Pohl verhört. Oswald Pohl war während des „Dritten Reichs“ einer der Zuständigen für Konzentrationslager und so maßgeblich an der Ermordung von Millionen von Menschen beteiligt und verantwortlich. Die Darstellung der Nazis, das Wincklerbad wäre ein Folterzentrum der Alliierten gewesen ist geschichtsrevisionistisch und beleidigt die Opfer des Holocaust in unglaublicher Art und Weise.

15 Mittlerweile ist die Demo in der rechten Szene zu einer festen Größe geworden. So ist sie heute die größte Nazi-Demo in Nord-Deutschland und die drittgrößte in Deutschland. Während zu Beginn nur einige hundert Nazis demonstrierten stieg die Zahl der TeilnehmerInnen jedes Jahr an. Unter Rechten ist sie weit über Niedersachsen hinaus bekannt, Nazigrößen aus ganz Deutschland lassen sich hier blicken.

20 Wir rufen dazu auf, den Aufmarsch ein für alle Mal zu unterbinden! Dafür ist ein breites Bündnis notwendig – Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Jugendverbänden.

Wenn GeschichtsrevisionistInnen, NationalistInnen, RassistInnen und FaschistInnen erneut versuchen durch Bad Nenndorf zu marschieren müssen wir uns ihnen entschlossen entgegenstellen!

25 Wir nehmen nicht hin, dass FaschistInnen ihr Gedankengut verbreiten können und wir nehmen nicht hin, dass man versucht antifaschistische Arbeit zu kriminalisieren. Deswegen unterstützen die Jusos im Bezirk Hannover den Kampf gegen die Nazi Demo in Bad Nenndorf.

Wir werden uns den faschistischen Aufmärschen in den Weg stellen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Nationalismus keinen Platz haben.

5 Wir rufen jeden und jede dazu auf mit uns nach Bad Nenndorf zu kommen uns ein starkes Zeichen gegen Rechts zu setzen. Wir wollen den Nazi-Aufmarsch verhindern!

K2

K2 - Wer für die Verfassung ist, muss den Verfassungsschutz abschaffen. Alternative Strategie zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus umsetzen.

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

5 In Deutschland wird regelmäßig Gewalt durch Nazis ausgeübt. Aus menschenfeindlichen Motiven heraus werden täglich Menschen angegriffen, teilweise sogar ermordet. Noch mehr Menschen werden durch die Gewalt verunsichert und verängstigt. Das Geschehen um das Neonazi-Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat gezeigt, dass systematische, zielgerichtete und brutale Gewalt von Nazis in den letzten Jahren nahezu unbehelligt ausgeübt wurde und vermutlich weiter ausgeübt werden wird. Dies schockiert uns zutiefst!

10 Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Diese mussten nicht nur den Verlust ihnen nahe stehender Menschen verkraften. Sie mussten es darüber hinaus ertragen, dass Politik, Polizei und Medien die Opfer beschuldigten, in kriminelle Geschäfte verwickelt gewesen und somit selbst für ihren Tod selbst verantwortlich zu sein. Vorverurteilungen durch die Ermittlungsbehörden blendeten die politische Motivation dieser Taten völlig aus. Mitgefühl und ein unbedingter Wille zur Aufklärung der Verbrechen hätte ihnen zugestanden. Dieses Verhalten ist unentschuldigbar.

15 Die jetzt bekannt gewordenen Taten des Nazi-Netzwerks zeigen ein bisher unbekanntes Ausmaß an Nazi-Gewalt. Gewalttätige Übergriffe von Nazis sind in Deutschland aber kein unbekanntes Phänomen. Allein in Ostdeutschland gab es im Jahr 2010 nach Angaben der Opferberatungsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern 730 Gewalttaten von Nazis. Die Dunkelziffer liegt noch höher. Seit 1990 sind zudem nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung 20 182 Menschen von Nazis getötet worden. Vor diesem Hintergrund ist es heuchlerisch, wenn auf die systematische Gewalt von Nazis mit Überraschung reagiert wird. Wer das bisher nicht wusste, wollte es nicht wissen.

25 **Konsequenzen ziehen – Untersuchungsausschuss einsetzen**

30 Die nun aufgedeckten Verbrechen zeigen aber noch mehr: Politik, Verfassungsschutzbehörden und die Polizei tragen die Verantwortung darüber, dass die Verbrechen des Neonazi-Netzwerks nicht verhindert oder zumindest frühzeitig aufgeklärt wurden, dass menschenverachtende Einstellungen in unserer Gesellschaft teilweise zunehmen und entsprechende Strukturen nicht effektiv bekämpft werden. Schon jetzt ist offensichtlich: Verfassungsschutz und Polizeibehörden haben auf allen Ebenen versagt. Diese Versäumnisse müssen dringend aufgearbeitet und die Fehler beseitigt werden.

35 **Daher fordern wir die lückenlose Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und dem Agieren der Sicherheitsbehörden – dies kann nur durch den Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag geschehen. Gleichzeitig sind die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass dieser auch vollen Zugriff auf die Behörden der Länder erhält.**

Verfassungsschutz abschaffen

5 Die Verfassungsschutzbehörden in den alten Bundesländern sowie der Bundesverfassungsschutz sind als Mittel des Kalten Krieges gegründet worden. Ihre ursprüngliche Aufgabe war es kommunistische Agitation „aus dem Osten“ zu beobachten und zu bekämpfen. Die Verfolgung der Verbrechen des Nationalsozialismus ist den Staatsanwaltschaften überlassen worden –der Blick nach rechts war untergeordneter Teil der Aufgabe der VerfassungsschützerInnen. Von Anfang an bedienten sich diese Behörden im Personalpool des gerade geschlagenen Nazi-Deutschlands. Auch wenn der Kalte Krieg vorbei ist und diese Menschen lange entlassen sind, sind diese Wurzeln in Organisation und Struktur erhalten geblieben. Einzig die Entwicklungen nach den Anschlägen des 11. Septembers haben eine Teilausrichtung gegen „Islamismus“ bewirkt. Jedoch haben weder die gesetzliche Umstellung der Aufgaben noch der Wegfall der Sowjetunion und der Aufbau der Behörden in den Neuen Bundesländern oder das in den Fokus treten von „Islamismus“ nichts daran geändert:

Bis heute sind Verfassungsschutz- und Geheimdienstbehörden gegen Linke gerichtet.

20 Die Konspiration die nötig ist um eine solche Behörde im derzeitigen Sinne zu betreiben, führt letztlich zu der Unmöglichkeit der Demokratischen Kontrolle einer solchen Institution. Anders als Polizei- und Gerichtsakten sind die Unterlagen dieser Behörden vielfach gegen Zugriff geschützt. Dies gilt sowohl für Gerichte, als auch für die Parlamente. Selbst Untersuchungsausschüsse konnten in der Vergangenheit nicht durch das Dickicht von noch legalen oder klar illegalen Maßnahmen, Absprachen und Bezahlungen durchschlagen.

25 Dadurch haben sich die Verfassungsschutzbehörden zunehmend zu einer eigenständigen Organisation entwickelt, die eigene Interessen besitzt, autonome Ziele verfolgt und augenscheinlich nicht ausreichend kontrolliert wird. Auch ob und wie weit diese Behörden ihre Ziele effektiv verfolgen, ist nicht nachvollziehbar.

30 Trotzdem sind die Behörden politischen Steuerungsversuchen nicht vollkommen entzogen: Die politischen Instrumentalisierung ist dabei insbesondere bei der Beobachtung der Partei DIE LINKE oder den Abzug von Personal aus dem Bereich „Rechtsradikalismus“ zum „Islamismus“ oder „Linksextremismus“ zu sehen.

35 Deshalb müssen die Aufgaben des Geheimdienstes grundlegend überdacht und so weit wie möglich anderen, besser legitimierten staatlichen Behörden zugewiesen werden.

Wir fordern konkret:

- 40
1. Eine Beendigung der Personal- und Mittelverschwendung und Denunzierung der Partei DIE LINKE in der Form der Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden.
 2. Die Verlagerung aller Formen der Kriminalitätsbekämpfung und die dafür notwendigen Ermittlungen zu Polizeibehörden.
 - 45 3. Die Wiedergründung einer Landeszentrale für politische Bildung und die Beendigung der Bildungsarbeit durch den Verfassungsschutz in Niedersachsen und anderswo. Zudem müssen Lehrpläne angepasst werden, so dass Rechtsradikale Gesinnung begegnet werden kann.

V-Leute-System abschaffen

50

Antragsbereich: Kampf gegen Rechts

In einem guten Film werden aufrechte Demokraten in kriminelle faschistische Strukturen eingeschleust und bekämpfen sie von innen. Im echten Leben werden die schwächsten Mitglieder einer kriminellen faschistischen Gruppe mit Geld gekauft, ihre Überzeugungen und Freunde zu verraten. Alternativ wird auch gleich der faschistische Kopf einer solchen Bande gekauft.

5 Dabei entstehen Abhängigkeiten: Strukturen funktionieren oder überleben manchmal nur, weil Geld über V-Leute dieses ermöglichen. Oder aber die Berichte werden von V-Leuten so gestaltet, dass diese die Weiterbeschäftigung garantieren.

Die erste Variante sorgt für die staatliche Subventionierung von faschistischen kriminellen Strukturen und ist daher zu beenden. Die zweite Variante verhindert ein neues NPD-
10 Verbotsverfahren.

Wir fordern daher die ersatzlose Abschaffung des V-Leute-Systems in der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden.

15 **NPD-Verbot jetzt**

Die NPD ist weiter Teil der extremen Rechten. Sie ist es, die versucht die Brück ins bürgerliche Lager zu schlagen. Sie arbeiten Öffentlichkeitswirksam, bekommen staatliche Parteienförderung und können mit dem Parteienprivileg manchen Dinge erst ermöglichen. Sie organisieren mit ihren
20 Fraktionsbüros die ideologischen Kerne der Rechten in Deutschland.

Das leidige CDU-Minister-Argument „lieber sicher beobachten als verbieten und nicht mehr beobachten können“ ist mit den NSU-Morden erledigt. Obwohl alle Mittel zum Beobachtung bereit
25 standen, ist nichts verhindert oder auch nur aufgeklärt worden.

Das alles muss ein Ende haben. Ein neues NPD-Verbotsverfahren ist schnellstmöglich vorzubereiten. Ein zügiger Abzug der V-Leute, begleitet von Verboten von Unterstützungsstrukturen der Partei, sowie ein entschlossenes Ermitteln von Straftaten ihrer Funktionäre kann ausreichend
30 rechtstaatliche Mittel für ein Verbotsverfahren liefern.

Eine SPD-Landesregierung muss diesen Weg weiter vorantreiben, die Bundestagsfraktion diesen Weg weiter beschreiten.

35 **Extremismusklausel kassieren – Antifaschistische Strukturen aufbauen.**

Bundesministerin Kristina Schröder, die seit ihrem Amtsantritt unerlässlich vor den Gefahren eines sog. "Linksextremismus" warnt, streitet aktiv gegen antifaschistische Strukturen. Sie hat es zu
40 verantworten, dass die Gelder für antifaschistische Projekte gekürzt wurden, um Geld für den Kampf gegen einen vermeintlichen "Linksextremismus" bereit stellen zu können. Damit und durch die Einführung der „Extremismusklausel“ hat sie alle antifaschistischen Projekte durch ihre konservative Symbolpolitik unter Generalverdacht gestellt. Dies begünstigt latenten Rassismus in der Gesellschaft umso mehr.

45 **Wir fordern, dass die Extremismusklausel abgeschafft wird und die Mittel für den Kampf gegen Rechts aufgestockt werden.**

Stattdessen ist es notwendig, mehr Mittel für Projekte gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus zur Verfügung zu stellen. Nur der breite, bunte gesellschaftliche Ansatz kann in
50 einer individualisierten Gesellschaft Vorurteile, Hass und Rechtsradikalismus begegnen.

Wir fordern daher ein Landesprogramm um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsradikalismus zu fördern und dauerhaft zu unterstützen. Dabei muss insbesondere der Bedarf nach den Kürzungen durch Ministerin Schröder Maßstab sein. Zudem müssen die internationalen Jugendaustauschprogramme sowie die Gedenkstättenarbeit intensiviert werden.

Das Land Niedersachsen stark machen gegen Rechts

In Niedersachsen gibt es ein differenziertes Bild rechtsradikaler Aktivitäten. Während es in der Vergangenheit verschiedene hauptsächlich ländliche Hotspots gab, verändert sich diese Lage zunehmend. Nazis versuchen aktiv ihr Betätigungsfeld auszuweiten, setzen auf urbane Strukturen und deren Lebenswirklichkeiten. Dabei arbeiten sie mit illegalen Mitteln und reizen die Meinungsfreiheit regelmäßig weit aus. Rechte Vorurteile, rechte Ideologien und rechte Anfeindungen sind in allen Teilen Niedersachsens alltäglich.

Eine neue Strategie gegen Rechts muss her.

Eine SPD-geführte Landesregierung muss daher insbesondere:

Die Pflicht der Kreise zur Einrichtung einer Stelle für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus einzurichten. Diese Stelle muss die örtliche Arbeit gegen Rechts koordinieren helfen und mit Verwaltung und Politik verknüpfen können. Dabei muss geprüft werden, inwiefern das Land den Aufbau von Personal unterstützen kann. Die wiedergegründete Landeszentrale für Politische Bildung muss die Arbeit dieser Stellen koordinieren und qualifizieren.

Den Unterrichtsinhalt „Menschenrechtsbildung“ bereits in der Grundschule einführen. Die Evaluierung der Polizeiarbeit vorantreiben. Alle BeamtInnen müssen in die Lage versetzt werden, politische Motive zu erkennen und zu benennen. Gleiches gilt für die Staatsanwaltschaften.

Vorbilder schaffen – Anerkennung auch durch das Land Niedersachsen

Weiterhin sollten Gruppen und Organisationen, die sich im Kampf gegen Rechts vorbildlich herausgetan haben, auch dafür geehrt werden. Dazu sollte das Land Niedersachsen einen Preis ausloben, mit dem das Engagement von entsprechenden Gruppen jährlich honoriert wird. Der Namensvorschlag für diesen Preis ist der August-Baumgarte-Preis. August Baumgarte (1904-1980) war ein Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend aus Hannover und engagierte sich in der Weimarer Republik aktiv gegen die NSDAP. Kurz nach der Machtergreifung und der Reichstagsbrandverordnung wurde Baumgarte 1933 inhaftiert und bis zum Kriegsende in verschiedenen Zuchthäusern sowie Arbeits- und Konzentrationslagern untergebracht. So könnte an eine Persönlichkeit des historischen Antifaschismus erinnert werden, die zudem noch einen großen regionalen Bezug zu Niedersachsen hat.

Eine SPD-Landesregierung muss daher einen Preis einrichten, der zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts prämiert.

K3	K3 - Für eine Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Wir fordern...

...eine Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene.

...einen Einsatz für mehr Antidiskriminierungsstelle in den Kommunen in Niedersachsen.

5

Antragsbereich: Medien

M2	M2- Gesetzliche Quote für politische Nachrichten einführen.	
	AntragstellerInnen: UB Hildesheim	
	Weiterleitung: Landeskonferenz	

- 5 Der Juso-Bezirk Hannover fordert eine gesetzliche Quote für den Anteil an politischen Nachrichten in Fernseh- und Radioprogrammen von mindestens 4% täglich. Hinzu kommt ein Mindestanteil von 1% für Nachrichten aus der Ebene der Europäischen Union. Eine von staatlicher Seite zu besetzende Kommission überwacht, ob der Inhalt des Programms, der unter Berufung auf diese Quote gesendet wird, auch die Vorgaben erfüllt.

M3

M3- „Big brother is watching you?“ – Für eine Beendigung des Forschungsprojekts „Indect“ und eine strengere Limitierung des Exports von Überwachungstechnologien

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Landeskongress

Die Jusos Bezirk Hannover fordern ...

1. die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich für eine Beendigung des von der Europäischen Union geförderten Projekts „Indect“ einzusetzen;
- 5 2. die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich für eine Veröffentlichung der Unterlagen in Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Indect“ stark zu machen;
3. die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Beschränkung des Exports von Überwachungstechnologien einzusetzen.

M5

M5- „Ein für alle Mal löschen – Selbstbestimmung über Onlineaccounts schaffen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Wir fordern eine Änderung des Telemediengesetzes, dass eine einheitliche und einfache Regelung ermöglicht, um Accounts bei Onlineportalen zu löschen.

Antragsbereich: Nachhaltigkeit, Umwelt- und Tierschutz

N1	N1 - Dem Tierwohl gerechter werden, Veterinärämter stärken	
	AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

5 Die Richtlinien und juristischen Vorgaben zur intensiven Tierhaltung sind dahingehend zu überprüfen, dass das Tierwohl stärker an Bedeutung gewinnt.

Zudem müssen die Richtlinien der Veterinärämter zur Kontrolle landwirtschaftlicher Mastbetriebe geprüft werden.

Fleisch und tierische Produkte müssen für alle Menschen, die sich davon ernähren wollen, bezahlbar sein.

10

N2

N2 - Verstärkte Nutzung von Recyclingpapier in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

5 Die Jusos im Bezirk Hannover fordern vom öffentlichen Dienst und durch die jeweiligen Gremien beschlossen, zukünftig bei der Wahl des Papiers auf solches zurückzugreifen, das mit dem „Blauen Engel“ ausgewiesen und FSC-zertifiziert wurde. Ausgenommen sind davon Druckvorlagen, die nachweislich nicht auf solchem Papier gedruckt werden können.

N3	N3 - Grundwasserschutz vor Erdgasförderung!	
	AntragstellerInnen: Holzminden	
	Weiterleitung: Bundeskongress, Bundestagsfraktion (z.K.)	

Die Gefährdung der Umwelt und speziell des Grund/ und Trinkwassers durch Verpressung von Chemikalien ins Erdreich ist zu verhindern.

- 5 Infolge dessen ist das Verfahren des „Fracking“ zur Erdgasförderung, wobei mit Chemikalien versetztes Wasser mit großem Druck in Erdgasführende Gesteinsschichten gepresst wird, um diese aufzubrechen und das Gas fördern zu können, abzulehnen solange dabei nicht auf Umwelt/ und Gewässergefährdende Stoffe verzichtet wird.

Antragsbereich: Organisation

O1	O1 - Marco, Max und Mustafa in den Landtag!	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bundeskongress, Bundestagsfraktion (z.K.)	

Die SPD Landtagsfraktion ist hauptsächlich männlich. Keine Handvoll Genossen sind unter 40. Keine Frau in der SPD-Landtagsfraktion ist unter 40. Die bisherigen Aufstellungen in den Wahlkreisen lässt schlimmes vermuten: In sicheren Wahlkreisen, kandidiert nur ein einziger Kandidat unter 40. Keine 10 Kandidaten unter 40 werden aufgestellt. Nur eine Frau unter 40 ist sicher nominiert. Das Fehlen einer gezielten Personalentwicklung in der SPD schlägt voll durch. Das muss anders werden. Der Reißverschluss bei der Listenaufstellung ist deswegen richtig und wichtig. Doch eben die KandidatInnen, die deutlich jünger sind als der Durchschnitt, müssen auch über die Liste abgesichert werden.

Der Juso Bezirk Hannover unterstützt die Kandidaturen von Marco Brunotte, Maximilian Schmidt und Mustafa Erkan. **Wir fordern die Absicherung der drei jüngsten Kandidaten aus dem Bezirk Hannover unter den ersten 25 Listenplätzen.**

Wir werden Marco, Max und Mustafa unterstützen. Der Bezirksvorstand setzt sich bei der Listenaufstellung für die drei Kandidaten ein. Er wird je mindestens eine Veranstaltung des Juso-Bezirks in den Wahlkreisen der drei absolvieren und weitere Angebote für den Wahlkampf prüfen.

O2

O2 - Öffentliche Wahlen von SPD-Listen ablehnen!

AntragstellerInnen: UB Hildesheim

Weiterleitung: Bundeskongress, Landeskonferenz,
Bezirksparteitag

Die Jusos im Bezirk Hannover sprechen sich in aller Deutlichkeit gegen die öffentliche und direkte Wahl einzelner Plätze auf Listen der SPD zu öffentlichen Wahlen aus und lehnen diese ab.

5 SPD-Listen zu öffentlichen Wahlen dürfen nur und ausschließlich von der Partei mit ihren innerparteilichen Entscheidungsprozessen und Mitgliedern bestimmt werden. Dies gilt ohne Ausnahme für alle Listenplätze.

10 Ferner sollte der Beschluss über die Liste (in ihrer Gesamtheit sowie über einzelne Plätze) dem Parteitag der jeweiligen Gliederung vorbehalten sein. Die Entkopplung des ersten Platzes vom Rest der Liste für einen Mitgliederentscheid o.ä. muss die Ausnahme bleiben und darf nicht zur Regel werden.

O3

O3 – Antragskommission verändern – Diskurs ermöglichen.

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress, Bezirksparteitag

Auf Parteitag der SPD werden Antragskommissionen mit sofortiger Wirkung wie folgt geändert. Die Antragskommissionen legen die Reihenfolge der Beratung der Anträge fest, ohne Abgabe einer Beschlussempfehlung und ohne Änderungen an den Antragstexten vorzunehmen.

- 5 Ausgenommen hiervon ist einzig die Bundesebene.

O4	O4 – Stärkere innerparteiliche Nachwuchsförderung.	
	AntragstellerInnen: UB Holzminden	

Überwiesen an Bezirksvorstand

- Zudem soll nach jeder Wahl das Durchschnittsalter der Fraktion verbandsöffentlich vorgestellt werden. Und wenn es nicht vom Wahlvortag auf den Tag nach der Wahl um die Jahre einer
- 5 Legislaturperiode sinkt, muss dies stichhaltig verbandsöffentlich erklärt und begründet werden.

05

O5 – Nichtbeteiligung der SPD an kommunalen Einheitlisten

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

- 5 Kommunale Einheitslisten bei Wahlen tragen zur Erodierung der Parteienlandschaft vor Ort bei und schaden so dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Die SPD soll sich nicht an solchen Listen beteiligen, wenn es mindestens drei Kandidatinnen oder Kandidaten zu einer Wahl gibt, die eine eigene sozialdemokratische Liste bilden könnten.

06

O6 – Keine elektronischen Wahlen auf Parteitag und Konferenzen der SPD bis einschließlich der Landesebene

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

- 5 Personenwahlen in Einzelwahl auf Parteitagen der SPD erfolgen in schriftlicher Form. Elektronische Wahlen sind ferner grundsätzlich unzulässig – wenn nicht Gründe erheblicher Aufwändigkeit, wie etwa einer überdurchschnittlich großen Anzahl von Stimmberechtigten oder komplizierten Listenwahlen dagegensprechen und ein größtmögliches Ausmaß an Datensicherheit und Anonymität gewährleistet ist.

07

O7 – Schwarze Schafe bei Mindestlöhnen meiden und benennen.

AntragstellerInnen: UB Hildesheim

Weiterleitung: Bezirksparteitag

5 Die Jusos im Bezirk Hannover fordern die SPD in allen Gliederungen dazu auf, bei Vergabe von Aufträgen und ähnlichem darauf zu achten, dass das Unternehmen, welches den Zuschlag erhält, allen Angestellten und MitarbeiterInnen den Mindestlohn zahlen, der aktuell vom DGB gefordert wird. Dies gilt insbesondere für die Gastronomie bei den Ausrichtungsorten von Sitzung, Konferenzen, Klausuren und Parteitag.

10 Sollte im Nachhinein festgestellt werden, dass ein Unternehmen, welches in irgendeiner Form einen Auftrag o. ä. von der SPD erhalten hat, nicht den geforderten Mindestlohn zahlt, muss die jeweilige Gliederung in Absprache mit der zuständigen DGB-Gewerkschaft öffentlich auf den Missstand in dem entsprechenden Unternehmen hinweisen.

08

O8 – Nutzung von Recyclingpapier auf Parteitag und Konferenzen der SPD

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

5 Die Jusos im Bezirk Hannover fordern die Gliederungen der SPD auf, zukünftig bei der Wahl des Papiers für Konferenzen und Parteitage auf solches zurückzugreifen, das mit dem „Blauen Engel“ ausgewiesen und FSC-zertifiziert wurde. Ausgenommen sind davon Druckvorlagen, die nachweislich nicht auf solchem Papier gedruckt werden können.

Antragsbereich: Rechtspolitik

R1	R1 – Klassenjustiz verhindern - Ungehinderter Zugang zu Rechtsberatung und Gerichten erhalten	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Bezirksparteitag	

5 Die Jusos im Bezirk Hannover wenden sich gegen den Versuch von Justizminister Busemann, in der Gerichtskostenhilfe die Anforderungen zu verschärfen. Die geplanten Erhöhungen führen zu weniger Möglichkeiten armer Menschen, sich rechtlich beraten zu lassen oder einen Prozess zu führen. Gerade die geplante Maßnahme der Erhöhung der Eigenbeteiligung von 10 auf 50 € verhindert, dass Menschen sich Rat einholen.

Wir benötigen stattdessen einen Ausbau der Rechtsberatung von Menschen, die sich keine Prozesse leisten können.

R2

R2 – Bedürfnissen von Opfern schwerer Gewalt Rechnung tragen – Für eine Einschränkung von gerichtlichen Absprachen

AntragstellerInnen: UB Northeim/Einbeck

Weiterleitung: Bundeskongress

§ 257 c StPO wird um einen Absatz 6 ergänzt:

- 5 (6) Bei schweren Gewalt- und Sexualverbrechen ist eine Verständigung nur möglich, wenn neben Staatsanwaltschaft und Angeklagter auch der Geschädigte dem zustimmt.

R4

R4 – Transparenz statt Hinterzimmer-Parlamentarismus

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

5

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass die Sitzungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestages grundsätzlich öffentlich sind. Eine Übertragung aller Ausschüsse nach Vorbild des Europäischen Parlaments muss her.

R5	R5 – Umsetzung des Kühn-Memorandums	
	AntragstellerInnen: UB Region Northeim/Einbeck	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Überwiesen an Bezirksvorstand

Die Empfehlungen des "Kühn-Memorandums" von 1979 sollen vollständig umgesetzt werden.

R6

R5 – Mehr Frauen in die roten Roben!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

Der Richterwahlausschuss des deutschen Bundestages und Bundesrates wird aufgefordert bei der Neubesetzung der BundesrichterInnenstellen sicherzustellen einen Anteil von 40-Prozent von Frauen zu berufen.

- 5 Darüber hinaus soll zukünftig die Neubesetzung der BundesrichterInnenstellen öffentlich ausgeschrieben werden.

Antragsbereich: Sonstige Anträge

S2	S2 – Winterreifenpflicht bei Mietwagen!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Mietwagenanbieter werden verpflichtet zwischen Oktober und Ostern ihre zu vermietenden Autos mit M+S Reifen auszustatten.

Antragsbereich: Theoriedebatte

T1	T1 – Für eine Generaldebatte – Theorie und jungsozialistische Praxis	
	AntragstellerInnen: UB Göttingen	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst.

5

(Auszug aus der Präambel des Hamburger Programms, 2007)

Ziel und Leitbild sowohl jungsozialistischer als auch sozialdemokratischer Politik ist der Demokratische Sozialismus. Der Demokratische Sozialismus stellt eine Gesellschaftsform dar, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, in der alle Bedingungen, die die Menschen einander und ihrer natürlichen Umwelt entfremden, überwunden sind. Kurz: Ziel jungsozialistischer Politik ist die befreite Gesellschaft, in der das soziale, politische und ökonomische Zusammenwirken unter die bewusste Kontrolle erkennender Individuen gestellt ist.

Tatsächlich ist die sozialdemokratische Praxis weit davon entfernt, eine emanzipatorische Praxis im Sinne des oben dargestellten Demokratischen Sozialismus zu betreiben. Ebenso muss die theoretische Analyse des bestehenden Systems auch in unserem Verband auf eine breitere Basis gestellt werden. Wir fordern daher eine Generaldebatte über emanzipatorische Theorie und die darauf aufbauende politische Praxis der Jusos, die wir im Folgenden mit einigen Thesen befeuern wollen.

20 **These 1: Zum Verhältnis von Theorie und Praxis**

Am Leitbild des Demokratischen Sozialismus ist unsere politische Praxis ausgerichtet. Dennoch muss jede politische Praxis als idealistische scheitern, wenn sie sich nicht auf eine konsistente Theorie des Bestehenden stützt, die die kapitalistische Ordnung kritisiert und ihre Überwindung fordert. Theorie und Praxis bilden eine dialektische Einheit. Theorie ist an ihren historischen Kontext gebunden. Was sich heute als konsistente Analyse der bürgerlichen Verhältnisse darstellen kann, ist auf Grund der gesellschaftlichen Dynamik in 20 Jahren in Teilbereichen vielleicht schon überholt. Gleichsam wirkt Theorie auf ihre gesellschaftliche Umgebung und kann enorme politische Relevanz erlangen.

Für uns Jungsozialist*innen bedeutet dies, dass das politische Streben nach der befreiten Gesellschaft, welches die dialektische Dynamik von Theorie und Praxis negiert, scheitern muss und die Möglichkeit der Transformation in eine solidarische und emanzipatorische Moderne nur noch unwahrscheinlicher macht. Mit Antworten von gestern werden wir die Probleme von heute und die

30

Gestaltung des Morgens nicht bewerkstelligen können. Fundament unserer Analyse des Bestehenden muss aber die Kritik der warenproduzierenden Gesellschaft sein, die wie eh und je das Individuum an wahrhafter Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung hindert. Darauf aufbauend muss es uns gelingen, eine konsistente Analyse des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu entfalten, aus der wir unsere politische Praxis ableiten können.

These 2: Kapitalismus heute

Spätestens Ende der 1960er wurde deutlich, dass das nach dem 2. Weltkrieg entstandene „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus, anders als das fordistische Produktionsmodell, in eine handfeste Krise geraten war. Zuvor verwertete sich das Kapital vor allem im Rahmen einer sukzessiv gesteigerten Nachfrage der nationalstaatlichen Binnenmärkte, in dem über regulierte Lohnsteigerungen und einen korporatistisch aufgebauten Sozialstaat ein dem Niveau der Produktivkräfte entsprechender Massenkonsum ermöglicht wurde. Probleme der Kapitalverwertung und damit einhergehende sinkende Profitraten sorgten dafür, dass das Kapital die einstmaligen stabilen Akkumulationsräume im Rahmen des fordistischen Kompromisses verließ und – nach Verwertung heischend – neue Räume zu erschließen suchte.

Allein in diesem Kontext einer Überakkumulation lässt sich die folgende Entwicklung des Kapitalismus im Sinne der neoliberalen Transformation und der Etablierung der Finanzmärkte vollends begreifen. Das aus dem alten Akkumulationsumfeld ausbrechende Kapital floss nun in die entstehenden Finanzmärkte, die bis 2007 zum Wachstumsmotor des globalen Kapitalismus wurden. Parallel dazu sorgte die im Zuge der fortschreitenden Technologisierung (die sog. 3. Revolution in der IT-Branche) für ein nie da gewesenes Fortschreiten der Produktivkräfte, die Massenarbeitslosigkeit zur Folge hatte und die Arbeitsgesellschaft der 1970er vor scheinbar unüberwindbare Probleme stellte. Die beiden Ölkrisen und die steigenden Haushaltsdefizite – u.a. in Folge des Anschwellens der sozialstaatlichen Ausgaben auf Grund der aufkommenden Massenarbeitslosigkeit – taten ihr Übriges, dass der „Bastard-Keynesianismus“ der europäischen Sozialdemokrat*innen verworfen wurde und dass die neoliberale Transformation des kapitalistischen Systems ihren Siegeszug antreten konnte. Selbige lässt sich durch eine Akkumulation durch Enteignung charakterisieren. Dabei kommt es sowohl in den Staaten des kapitalistischen Zentrums als auch in denen der sogenannten Dritten Welt zu einer Erschließung neuer Räume zur Kapitalakkumulation durch staatlich gelenkte Enteignung. Als Beispiele lassen sich hier die Vernichtung kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaften durch das weltweite Agrobusiness oder auch Privatisierungen öffentlichen Eigentums anführen.

Auch deutet sich eine aggressivere Spielart des Kapitalismus an. Die Zahl der Interventionskriege seitens der entwickelten Staaten lässt sich in den Kontext der Aneignung vor- oder nichtkapitalistischer Räume in der sogenannten Dritten Welt einordnen. Krieg ist zu einem probaten Mittel zur Durchsetzung von Kapitalverwertungsinteressen geworden.

These 3: Keine Finanzmarktkrise, sondern eine Krise des Systems

Die aktuelle kapitalistische Krise ist eine Krise des Kapitals. Grundsätzlich schafft sowohl private als auch öffentliche Verschuldung eine zusätzliche, kreditbasierte Nachfrage. Dies stimuliert die Konjunktur und erhöht das Wirtschaftswachstum. Es waren aber gerade diese Defizitkonjunkturen, die bis zur Krise von 2008 die Weltwirtschaft maßgeblich vorantrieben. Diese mit der Entfaltung der Finanzmärkte einhergehende Verschuldungsdynamik ging mit der Entstehung von riesigen

Spekulationsblasen auf dem Finanzsektor einher, die ebenfalls – bis zu ihrem Zusammenbruch seit 2007 – stimulierend auf die globale Wirtschaft wirkten. In Folge dieser Entwicklung verstärkten sich auch die massiven globalen Ungleichgewichte. Auf eben diesen Ungleichgewichten und den Defizitkonjunkturen basiert aber das Weltsystem des Kapitalismus.

- 5 Die für das kapitalistische System grundlegende Kapitalakkumulation funktioniert also nicht mehr ohne die Anhäufung von Schulden. Anders: Der Kapitalismus ist so effizient – immer weniger Arbeiter*innen können in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren herstellen –, dass das System zur Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse nicht umhin kommt, Defizite auszubilden.

Die Entfaltung der Finanzmärkte basiert auf diesem Widerspruch des kapitalistischen Systems.

- 10 Wenn die Verwertungsmöglichkeiten in der Realökonomie sich einschränken, strömt das Kapital in die Finanzmärkte. Die Finanzmärkte hielten bis zur Krise die Weltwirtschaft am Laufen, da sie die Kapitalakkumulation mit Krediten versorgten. In Folge systemischer Überproduktionskrise in der realen Wirtschaft verlief die Entfaltung der Finanzmärkte vornehmlich in eine Richtung: in die reine Spekulation, die letztendlich immer zur Blasenbildung führen muss. Seit gut zwei Jahrzehnten besteht eine Art Finanzblasenkapitalismus, der durch das Aufsteigen immer größerer
- 15 Spekulationsblasen zu charakterisieren ist, die in ihrer Aufstiegsphase als regelrechte Konjunkturmotoren fungieren – und die beim Platzen immer größere Verwüstungen hinterlassen. Auch die europäische Schuldenkrise ist ein Produkt der skizzierten Widersprüche des kapitalistischen Systems.

- 20 Es bleibt abzuwarten, ob das bestehende Wirtschaftssystem überhaupt dazu in der Lage ist, aus diesem Widerspruch zu flüchten und eine neue, nachhaltigere Phase kapitalistischer Entwicklung herbeizuführen.

These 4: Der kapitalistische Staat oder: Wieso Reformismus scheitern muss

- Heiß diskutiert war in der Arbeiterbewegung schon immer die Frage nach der Reformfähigkeit des bürgerlichen Staates. Doch alle Versuche, den Kapitalismus zu „bändigen“, ihm ein regulatives
- 25 Korsett überzustülpen und einer Konzentration des Kapitals durch eine Umverteilung von oben nach unten zu begegnen, hatten keinen dauerhaften Erfolg. Denn die erfolgreiche Kapitalverwertung ist auch materielle Basis des bürgerlichen Staates mit seiner steuerlichen Existenzgrundlage. So sorgt er beständig für die Reproduktionsbedingungen des Kapitals, nimmt sich der wachsenden
- 30 Funktionslücken des Marktes an und flankiert die Kapitalakkumulation mit geeigneten Maßnahmen.

- Gerade in Krisenzeiten tritt zutage, wie sehr auch Staaten der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen sind. Der nationalen Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb werden alle Bereiche der Gesellschaft untergeordnet, sozialstaatliche Errungenschaften werden dabei zu Grabe
- 35 getragen, gesellschaftlichem Widerstand wird mit staatlichen Repressionen begegnet. Die dem Kapitalismus immanenten Krisentendenzen werden dabei verharmlost als das jeweilige Ergebnis falscher politischer Entscheidungen.

- Mit dem Anspruch eines demokratischen Sozialismus und der damit notwendigerweise einhergehenden Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft als Ziel unseres Handelns, muss die
- 40 Frage nach der Rolle des bürgerlichen Staates daher einen zentralen Raum in der Debatte einnehmen.

These 5: Kultur als eine Form von Herrschaft

Die traditions-sozialistische Auffassung von Geschichte, von Gesellschaft geht davon aus, dass
sämtliche gesellschaftlichen Phänomene wie Kultur, Recht, Kunst, Lebensstile usw. mechanische
5 Reflexe der ökonomischen Basis sind. Dieser Ökonomismus ist als verkürzt und dogmatisch
zurückzuweisen. Wer geschichtliches Handeln von Menschen – und somit Gesellschaft schlechthin –
erklären will, muss die psychischen Strukturen der Individuen und ihre Abhängigkeit von der
gesellschaftlichen Umwelt in seine Theorie mit einbeziehen. Eine das bestehende wirtschaftliche
10 System stabilisierende kulturelle Hegemonie äußert sich darin, dass die Menschen von Anfang an in
bestimmte soziale Rollen hineinsozialisiert werden und somit zu Trägern der Reproduktion des
kapitalistischen Systems werden. Die kapitalistische Gesellschaft ist wesentlich von einer
Massenkultur mitbestimmt. So wirken neben der ökonomischen auch die psychologischen,
sexuellen, geschlechtlichen, kulturellen und andere ideologische Entfremdungen auf das Individuum
ein und lassen es schlussendlich zur bewusstlosen Funktion ökonomischer Mechanismen werden.
15 Kapitalistische Massenkultur löst das Individuum auf, dringt immer weiter in Räume der
gedanklichen Autonomie vor und zerstört somit utopisches Potential.

Wir Jungsozialist*innen müssen daraus folgern, dass die bloße, wie auch immer geartete
Erkämpfung der ökonomischen Macht nicht ausreichen wird, um eine demokratisierte und befreite
Gesellschaft zu erreichen. Die massenkulturellen Entfremdungen sind so wirkmächtig, dass
20 jeglicher Versuch emanzipatorischer Transformation scheitern muss, solange es dem Menschen
nicht gelingt, sich (zumindest teilweise) von diesen Entfremdungen innerhalb des bestehenden
Systems zu emanzipieren. Gleichwohl ist eine vollständige Überwindung all dieser Entfremdungen
erst in der befreiten Gesellschaft möglich, entstehen sie doch auf dem Boden der
warenproduzierenden Gesellschaft. Kurz: Emanzipatorische Praxis bedeutet für die gesellschaftliche
25 Linke einen permanenten Kampf an allen Fronten gegen Sexismus, Rassismus, Faschismus,
Konservatismus, Kleinbürgerlichkeit, Antisemitismus und natürlich auch gegen ökonomische
Ausbeutung – ergo gegen die Bedingungen, unter denen sich die bürgerliche Kulturhegemonie
reproduziert und den Kapitalismus als Wirtschaftssystem stabilisiert.

Forderungen: Jungsozialistische Praxis und Strategien zur sozialistischen Transformation

30 **Aus den oben genannten Thesen lässt sich folgendes für eine jungsozialistische Praxis ableiten:**

1. Wir Jungsozialist*innen müssen unsere Anstrengungen ob einer konsistenten Analyse der
bestehenden Verhältnisse auf eine breite Basis stellen. Unser Ziel muss es sein, eine
flächendeckende Beschäftigung mit emanzipatorischer Theorie zu erreichen, um eine tatsächliche
Generaldebatte über die Zukunft unseres Verbands auch an der Basis zu erreichen. Daher fordern
35 wir den Verband auf, die Gründung von Lesekreisen zum Marxschen Kapital und anderen (post-)
marxistischen Theoretiker*innen aktiv zu fördern, bspw. Mit einer Lesekreisoffensive und mehr
Seminarangeboten zu marxistischer und emanzipatorischer Theorie.
2. Auf Grund der ideologischen Stabilität des kapitalistischen Systems und Rolle des Staates als dem
System immanenter Akteur ist zu folgern, dass das Ziel der befreiten Gesellschaft in letzter
40 Konsequenz nur gegen, und nicht über den Staat zu erreichen ist. Eine reformistische Strategie wird
nicht zu einer qualitativen Überwindung der Entfremdungen und Ausbeutungen führen und somit

auch unser Leitbild des demokratischen Sozialismus verfehlen. Das heißt aber nicht, dass Reformen abzulehnen sind. Dort, wo Reformen eine qualitative Verbesserung bzw. Erleichterung der menschlichen Existenz erreichen können, ist es unverantwortlich, diese abzulehnen.

5

1	Solidarität mit Israel – Antisemitismus verstehen und bekämpfen!	
	AntragstellerIn: UB Göttingen	

Zur Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag, den SPD-Landesparteitag und den SPD-Bundesparteitag sowie zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz und den Juso-Bundeskongress.

Aber es gibt keine Antisemiten mehr! – Theodor W. Adorno/Max Horkheimer (1947)²

10 Antisemitische Äußerungen sind 67 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz auch in Deutschland schon lange kein Tabubruch mehr – sie werden allerhöchstens als solcher inszeniert. Die öffentlich geführten Debatten über die Gaza-Flotte, die Grabenkämpfe über Israel-Solidarität in der Partei Die Linke, Sigmar Gabriels Auslassungen über Apartheid in Hebron und nicht zu letzt Günter Grass' kontrovers diskutiertes Gedicht, in dem er die
15 israelische Politik massiv angreift, zeugen von einem latenten, der Gesellschaft immanenten Antisemitismus. Wir Sozialdemokrat*innen und Jungsozialist*innen richten uns daher gegen alle Formen von Antisemitismus und Antizionismus und stehen in Solidarität zum Staat Israel.

Zur Entstehung des Antisemitismus

20 Bereits im 11. Jahrhundert kam es im christlichen Europa zu ersten Judenpogromen – das Wort Pogrom heißt im althochdeutschen Umgangssprech „Judenschlachten“. Schon damals diente der „Hass gegen die Mörder Jesu Christi“ dazu, ganze Volkssegmente zu befrieden und durch kirchlich-antijüdische Propaganda für die Kreuzzüge zu mobilisieren. Dem nationalistischen Erwachen Europas im 19. Jahrhundert dienten eben jene Kreuzzüge
25 als identitätsstiftendes Modell. Der traditionell-mittelalterliche Judenhas drückte sich aus in einer allgemeinen Unterdrückung und Diskriminierung der jüdischen Minderheit. Ihr wurde das zweifelhafte Monopol der Geldwirtschaft in einer agrarischen Gesellschaft aufgezwungen – andere Berufe blieben ihnen untersagt. Als Geldbesitzer und Schuldner der christlichen Mitmenschen waren sie allzeitiges Objekt gewalttätiger Begierde, waren sie
30 doch Träger des „jüdischen Wuchers“. In dieser verschleierte vorkapitalistischen

²Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung – Elemente des Antisemitismus. Fischer Taschenbuch Verlag, 7. Auflage, 2011.

Ökonomie liegt die materielle Basis des ökonomischen Vorurteils im modernen Antisemitismus.

Mit dem Übergang zu einer kapitalistisch organisierten Ökonomie wird die im Mittelalter recht unbedeutende Praxis der Zirkulation des Geldes zur zentralen Organisationsweise von Gesellschaft. Die ehemals den Juden vorbehaltenen Geldwirtschaft wird allgemein, im Kapitalismus herrscht also ein unpersönliches ökonomisches Herrschaftsverhältnis der Sachen über den Menschen, das alle menschlichen Beziehungen umfasst. Im alltäglichen Denken und Handeln lebt allerdings die Vorstellung fort, dass die Gesellschaft auf persönlichen Machtverhältnissen basiert. Ökonomische Krisen und ganz individuelles Scheitern an der kapitalistischen Verwertung werden also an den Juden festgemacht, an sie heftet sich ein antiökonomischer Affekt schlechthin. Das Konkrete, also alltägliche begreifbare Arbeiten wie Spinnen, Brot backen und Tischlern wird als ehrliche Tätigkeit idealisiert, die für das allgemeine Bewusstsein nicht begreifbare Geldwirtschaft dagegen verteufelt und für alle negativen Entwicklungen verantwortlich gemacht. Diese Trennung in „schaffendes und raffendes Kapital“ ist keine Erfindung des Nazi-Faschismus, wurde von ihm jedoch auf schrecklichste Art und Weise instrumentalisiert.

Die industrielle Vernichtung der europäischen Juden

Mit der europäischen Aufklärung ging das Versprechen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ einher. Bestandteil aufklärerischen Denkens war die Ablehnung und das Überwinden des traditionellen Judenhasses des Mittelalters. Ziel der Aufklärer war also die Befreiung des Menschen hin zum Weltbürger. Aber der Juden Hass verschwindet nicht im 19. Jahrhundert, er wandelt sich zum modernen Antisemitismus, da sich – wie oben dargelegt – der alte Juden Hass an den zentralen ökonomischen Prozess koppelt. Hinzu kommt, dass die aufklärerischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität sich nicht durchsetzten und die Menschen sich an die Illusion der Nation klammerten. Aus diesen Ideologien heraus entwickelt sich die nationalsozialistische Vorstellung der Volksgemeinschaft, die den Antisemitismus zur autoritären Befriedung der Gesellschaft funktionalisiert. Auschwitz und die industrielle Vernichtung der europäischen Juden sind der äußerste und barbarischste Punkt dieser Entwicklung, er ist also nicht losgelöst von eben jenen skizzierten Prozessen zu denken. Auschwitz ist der grausame Beweis, dass weder die Ideale der Aufklärung noch die nahezu vollständige Anpassung der europäischen Juden in die europäischen Gesellschaften den Antisemitismus überwinden konnten.

Der Staat Israel und Antisemitismus heute

Der Staat Israel ist nicht vergleichbar mit irgendeinem anderen Staat. Er weist einen Doppelcharakter auf: Zum einen ist Israel ein souveräner Staat wie jeder andere auch, zum anderen ist es aber auch das jüdische Bollwerk gegen Verfolgung und Antisemitismus nach dem Grauen der Konzentrationslager. Der israelische Staat ist Resultat aus der unmittelbaren Gefahr durch Antisemitismus. Adorno und Horkheimer schreiben in der „Dialektik der Aufklärung“, es gebe nach Auschwitz keine Antisemiten mehr. Gemeint ist

damit, dass offener Judenhass und Antisemitismus beinahe unmöglich ist. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Bedingungen, die Auschwitz möglich gemacht haben, auch weiterhin bestehen. Der heutige Antisemitismus äußert sich vor allem im „antisemitischen Meinen des Alltagsbewusstseins. Dieses „Man wird ja mal gesagt haben dürfen“ führt dazu, dass subjektive Ansichten als Wahrheit verkauft werden, ohne die tatsächlichen Bedingungen zu durchschauen. Indem Israel als Terrorstaat bezeichnet wird, der das palästinensische Volk unterdrückt, indem Gaza mit den Konzentrationslagern verglichen wird, wird die Einzigartigkeit des israelischen Staates verneint und das nicht zu fassende Grauen von Auschwitz herabgesetzt.

10 Gegen den Mainstream der „Täter-Opfer-Logik“ im Nahost-Konflikt muss zudem festgestellt werden, dass Israel zunehmend von antisemitisch eingestellten, Israels Existenzrecht in Frage stellenden Feinden umgeben ist. Sowohl Hamas und Hisbollah als auch der Iran versuchen durch die Ideologie des Antisemitismus ihre Gesellschaften autoritär zu befrieden und die Krisenhaftigkeit ihrer Systeme zu verschleiern. Dieser Islamismus widerspricht allem, wofür Sozialdemokrat*innen und Jungsozialist*innen kämpfen. Ein Frieden in Nahost ist daher nur gegen islamistisch-fundamentalistische und mit weltlichen, das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels anerkennenden Kräften möglich.

Kampf gegen Antisemitismus und Solidarität mit Israel heißt nicht, dass man keine Kritik an Israel üben dürfe, welches durch seine Siedlungspolitik einen Frieden in Nahost gefährdet und sich seit Jahren durch eine neoliberale Politik auszeichnet. Kritik an Israel muss allerdings an gewisse Bedingungen geknüpft sein: Wer Israel kritisiert, muss seine besondere Rolle als Bollwerk aller vom Antisemitismus verfolgten Menschen und die Gefährlichkeit der Ideologie des Antisemitismus verstehen und anerkennen. Eine nicht-antisemitische Kritik an Israel ist daher an die Solidarität mit Israel und dessen bedingungsloses Existenzrecht gebunden. Wir Jungsozialist*innen erkennen daher an, dass „Auschwitz den äußersten Punkt in der Kette des Barbarischen, aber nicht mit den Konzentrationslagern verschwunden ist. Es lebt fort in der psychischen Verfassung der Menschen ebenso wie in den gesellschaftlichen Bedingungen, die kaltes Massentöten von Millionen friedlicher unbewaffneter Menschen ermöglichten“³. Israel gilt daher unsere Solidarität, bis eben diese Bedingungen überwunden sind.

³ Claussen, Detlef (1987): Vom Judenhass zum Antisemitismus. Online unter <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr111s.htm>, zuletzt abgerufen am: 07.04.2012.

12	Naziaufmärsche verhindern – keine Spaltung der Gegenproteste	
	AntragstellerIn: Juso-Bezirksvorstand	

10 Die Nazi-Demo in Bad Nenndorf ist in den letzten Jahren zu einer festen Größe in der rechten Szene geworden. Sie ist mittlerweile die drittgrößte Demonstration der Neonazis in Deutschland. Breite antifaschistische Bündnisse haben immer wieder gezeigt, dass Blockaden ein erfolgreiches Mittel zur Verhinderung von neofaschistischen Aufmärschen sind. Daher bleiben wir Jusos dabei: Blockaden sind ein legitimes Mittel.

15 Es ist ungewöhnlich, dass Abgeordnete die Partei belehren. Noch ungewöhnlicher ist es, wenn Abgeordnete in Unkenntnis der Beschlusslage des Bundesparteitages zum Thema Blockaden Einlassungen gegenüber Parteigremien tätigen. Deshalb sind wir umso mehr verwundert, dass der SPD-Stadtverband Hannover einem solchen Vorgehen ausgesetzt ist. Andere Parteigliederungen in Niedersachsen, so auch die SPD in Göttingen, unterstützten bereits in der Vergangenheit Blockadeaufrufe gegen Neonaziaufmärsche in Bad Nenndorf
20 und anderswo. Der Juso-Landesverband fährt seit Jahren mit einem eigenen Bus zur Blockade des Neonaziaufmarschs in Dresden.

Ziel jungsozialistischer Bündnispolitik ist es nicht, den Protest gegen Naziaufmärsche zu spalten. Deswegen werden die Jusos im Unterbezirk Schaumburg, im Bezirk Hannover und im Landesverband alles daran setzen, die drohende Spaltung des Protestes zu verhindern und
25 die verschiedenen Protestformen zusammenzuführen.

Wir lassen uns nicht spalten – dem Faschismus mutig und entschlossen entgegenreten!